

»Es gibt eine neue Macht in der Welt!«

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau: Aus weiteren Reden in Berlin, Stuttgart und Köln

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, wenn wir schreiten Seit an Seit, für eine menschliche Gesellschaft, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für ein Land, in dem die Schwachen Schutz erfahren, für eine Gesellschaft, die solidarisch ist mit den Arbeitslosen, für eine Politik, die den jungen Menschen Zukunftschancen gibt, statt ihr Leben zu versauen, wenn wir also schreiten Seit an Seit, dann können wir es schaffen. Und nur dann werden wir es schaffen. So gesehen, ist dieser 3. April ein klares Signal an die Herrschenden in Parteien und Wirtschaft, daß Schluß sein muß mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet und die die Reichen immer reicher und die das Kapital und seine Manager immer dreister werden läßt. (...)

Der Kanzler und die Unionsparteien, Wirtschaftsführer und Manager, also die Ewiggestrigen aus dem Unternehmerlager müssen wissen: Wenn diese asoziale Politik nicht aufhört, dann kommen wir wieder! Wir wollen und wir werden es nicht hinnehmen, daß in Deutschland und Europa nicht die Krise, nicht die Massenarbeitslosigkeit, nicht die Perspektivlosigkeit der jungen Menschen bekämpft werden, sondern die Lasten der Krise nur auf dem Rücken der kleinen Leute verteilt werden. Und erst recht werden wir nicht dulden, daß immer wieder versucht wird, die kleinen Leute, die Habenichtse, gegeneinander auszuspielen: Jung gegen Alt, Arbeitnehmer gegen Arbeitslose, Lehrlinge gegen Studenten, Sozialhilfeempfänger gegen Rentner. Wir lassen uns nicht spalten! Wir stehen zusammen! (...) Ich sage: Sozialabbau ist Mist. Laßt es einfach sein!

*** Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di:**

Vor einem Jahr hat Bundeskanzler Schröder seine Agenda 2010 vorgelegt, mit einschneidenden sozialen Verschlechterungen für breite Teile der Bevölkerung. Jetzt haben CDU und CSU mit einer eigenen Agenda nachgezogen. Was diese Agenda wie ein schwarzer Faden durchzieht, ist das Motiv der Radikalisierung: »Wir haben noch nicht genug umverteilt, jetzt geht's erst richtig los!« Das ist die Botschaft. Aber: Den Hardlinern in den Unternehmerverbänden ist das noch lange nicht genug. Flächentarifverträge sollten am besten alle verbrannt werden und die Krankenversicherung insgesamt privatisiert. Kranke sollten dann mehr zahlen als Gesunde, und Ältere mehr als Jüngere. Schröder schlägt auf, die CDU legt nach und die Unternehmerverbände erklären, daß das alles noch nicht weit genug geht. Das ist das Muster. (...) Geht es nach diesen Truppen, dann ist die Agenda 2010 nur die Ouvertüre, die Ouvertüre zu einer Symphonie mit dem Namen Systemwechsel. (...)

Was der Bundeskanzler mit der Agenda 2010 macht, ist Politik gegen die Interessen der eigenen Stammwählerschaft. Es ist sozial nicht nur höchst einseitig in der Lastenverteilung, sondern noch dazu ökonomisch schädlich. Und deswegen sage ich: Die Agenda-Politik bietet nicht nur keine Lösung für die aktuellen wirtschaftspolitischen und sozialen Probleme – sie ist selbst ein Teil des Problems.

*** Jürgen Peters, Vorsitzender der IG Metall:**

Unsere Botschaft: Es reicht! Wir haben genug von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von stagnierenden Löhnen und explodierenden Managergehältern! Und wir haben die Nase voll von angeblichen Reformen, die wir bezahlen und die den anderen nutzen! Seit Jahren die gleiche Leier: Es muß erst schlechter werden, damit es besser werden kann! Erst müssen wir durch ein Tal der Tränen, damit dann wieder die Sonne scheint! So ein Blödsinn! (...)

Diese Politik ist nicht nur sozial ungerecht. Sie ist auch wirtschaftlich unsinnig. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt! Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet, gut sieben Millionen suchen einen Arbeitsplatz. Sieben Millionen Menschen, die arbeiten wollen, denen man bezahlte Arbeit verweigert! Europaweit sind es über 14 Millionen Menschen. Immer weniger Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz – in Deutschland wie in anderen Ländern der Europäischen Union. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander! Viele Arbeitslose, Kranke, Alleinerziehende

und kinderreiche Familien wissen kaum mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Und eine kleine Schicht von Superreichen weiß nicht, wohin mit den Millionen, die sie durch Steuerprivilegien, Aktiengewinne oder Vermögenszinsen kassieren. (...) Das ist doch Irrsinn. Damit muß Schluß sein. Diese Politik löst keine Probleme, sie verschärft sie. Sie führt Wirtschaft und Gesellschaft nicht aus der Krise heraus, sondern weiter hinein. Wir erwarten, ja wir verlangen: Macht endlich Schluß mit dieser Politik!

*** Ilona Plattner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC:**

Die Agenda 2010 setzt nun auch bei uns jene globale Enteignungs- und Verarmungspolitik durch, die den Ländern des Südens bereits seit zwei Jahrzehnten aufgezwungen wird. Enteignung, weil der weltweit produzierte Reichtum nicht den Menschen zugute kommt, die ihn erarbeiten. Enteignung, weil mit der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen – wie Gesundheit, Rente, Bildung, Kultur und Wasser – die Profitbeschleunigungsmaschine auf Touren gehalten wird, weil jede noch so kleine menschliche Handreichung zur Ware pervertiert. Verarmung, weil diese Politik Milliarden VerliererInnen hervorbringt, weil wir alle – die Allgemeinheit – die Kosten zu tragen haben, während der Gewinn privatisiert wird. (...)

Diese Politik, zusammen mit dem hemmungslosen Einsatz der technischen Entwicklung, hat uns an den Rand sozialer und ökologischer Katastrophen gebracht. Deshalb ist es höchste Zeit, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam mit allen emanzipatorischen Bewegungen – den Erwerbslosen, den MigrantInnen, den Studierenden, der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und vielen anderen – hier und weltweit. (...)

Wir wollen international verbindliche soziale und ökologische Regeln. Wir wollen eine drastische Arbeitszeitverkürzung und existenzsichernde Löhne. Wir wollen eine geschlechtergerechte Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit. Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung und Steuergerechtigkeit – Steueroasen müssen geschlossen werden. Und wir wollen einen bedingungslosen Schuldenerlaß für die Länder des Südens. (...)

Es gibt eine neue Macht in der Welt! Sie ist international, sie ist schnell, vielfältig, kreativ und sie taucht überall dort auf, wo sie gebraucht wird. Wir sind Teil dieser anderen Kraft, dieser neuen, alternativen Weltöffentlichkeit – für ein anderes Leben – für eine andere Welt.

Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute! Es ist genug für alle da!

*** Klemens Himpele, Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS)**

An den Hochschulen diverser Bundesländer werden jetzt Studiengebühren für einzelne Studierendengruppen eingeführt. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, da schwadronieren Rote und Schwarze schon in gewohnter Eintracht über generelle Studiengebühren. Studiengebühren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten eine einfache und zugleich tragische Konsequenz: Junge Menschen aus ärmeren und bildungsfernen Schichten hätten keine Chance mehr, an die Hochschule zu gehen. Dabei muß doch genau das Gegenteil davon das Ziel einer gerechten Politik sein: Das Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden! (...)

Bildung ist nicht nur Investition in das eigene Humankapital im ökonomischen Sinne, sondern auch ein Menschenrecht – ein Menschenrecht auf freie Entfaltung und Emanzipation! Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Zusammenhänge unserer Gesellschaft. Dieser Schlüssel, dieser Eintrittsschein zur Emanzipation darf den Menschen aus benachteiligten Schichten nicht vorenthalten werden. (...)

Auch die Entdemokratisierung ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. Uns soll Alternativlosigkeit eingeredet werden. Uns soll glauben gemacht werden, daß die Schweinereien der Regierung gerechtfertigt seien. Dieses falsche Spiel machen wir aber nicht mit. Vielmehr rufen wir der

Bundesregierung entgegen: Es ist Aufgabe der Politik, nach sozial gerechten Alternativen zu suchen. Wenn es die nicht gäbe, dann würden Wahlen ihren Sinn verlieren, und dann könnte man einen Sachzwangsverwalter einstellen. Der angebliche Sachzwang ist hausgemacht und politisch gewollt. (...) Das neoliberale System ist krank und macht krank, es ist kaputt und macht kaputt! Deshalb muß dieses System weg. Her muß stattdessen eine freie und gerechte Gesellschaft!

*** Lea Voigt, Vorstandsmitglied und Sprecherin der GesamtschülerInnenvertretung Bremen (GSV):**

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn schreibt: »Der Wettbewerb um die Zukunftschancen für Deutschland ist im Kern ein internationaler Wettbewerb um die Qualität von Bildungssystemen geworden.« Genau darum geht's: Die Zukunft Deutschlands ist für die Bundesregierung die Zukunft des Wirtschaftswachstumsstandortes – und das bekommen die SchülerInnen, Azubis und Studierenden zu spüren! Mit den reformpädagogischen Spielereien der 60er und 70er Jahre soll endgültig abgeschlossen werden. Daß Gesamt- und Ganztagschulkonzepte trotzdem noch nicht in der Schublade verschwunden sind, hat einen ganz anderen Hintergrund: Skandinavien hat eindrucksvoll vorgemacht, wie mensch durch eine spätere Selektion der SchülerInnen das Menschenmaterial effektiver nutzen kann. Daß es, ob nun nach Klasse vier oder nach Klasse zehn, eine Auslese geben muß, steht dabei jedoch außer Frage. Die Gesamtschulforderung ist damit aber sogar für Arbeitgeberverbände salonfähig geworden – und hat damit auch leider fast jedes Kritikpotential verloren. Auf die mangelnde Qualität des Standortfaktors Bildung haben die Landes-, aber auch die Bundesregierung reagiert! Im Schulbereich wird vor allem an der Vergleichbarkeit von Bildung gearbeitet – die zentrale Voraussetzung für Konkurrenz und Selektion. Und das sind schließlich die Dinge, um die es in der Schule geht! Die Schule produziert und reproduziert die sozialen Unterschiede dieser Gesellschaft, und dieser Mechanismus wird momentan massiv verschärft – zu Ungunsten der SchülerInnen, die es nicht aufs Gymnasium und später an die Uni geschafft haben.

*** Katharina Seewald, Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nord-Hessen:**

Dieser Tag heute ist nicht der Höhepunkt, sondern einer der ersten Schritte hin zu einer neuen sozialen Bewegung. Wir dürfen dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen unsere Forderungen in noch viel stärkerem Maße nennen. Ich bin nicht so naiv zu glauben, daß unser hunderttausendfacher Protest die Bundesregierung tatsächlich zum Einlenken bewegt. Aber dieser Protest setzt ein Zeichen, das wir aufnehmen müssen, in dem wir weitergehen müssen. Wir sagen ganz deutlich, wir wollen eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die allen Menschen dient und nicht nur wenigen Kapitalbesitzern. Wir wollen die soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. (...)

Damit wir das erreichen können, müssen wir allerdings noch einen Zahn zulegen. Wir müssen den 1. Mai wieder zu einem Kampftag machen und nicht zu einem Tag für die europäischen Wahlen. Wir müssen zusätzlich noch in diesem Halbjahr deutliche betriebliche Zeichen setzen, und das heißt, wir müssen von unseren europäischen Nachbarn Italien und Frankreich noch vieles lernen. (...) Ich fordere Euch dazu auf: Macht alle mit und sagt es laut und deutlich, was ihr wollt, sonst tun es andere für uns.

Wir haben Alternativen!

Peter Grottian / Ulla Pingel / Ralf Hoffrogge

* Am vergangenen Sonnabend fanden europaweit Massenproteste gegen die neoliberale Verarmungspolitik der großen Koalition der bürgerlichen Parteien statt. Bei der mit mehr als 250 000 Teilnehmern deutschlandweit größten Demonstration in Berlin gab es auch zahlreiche Redebeiträge von Personen, die der DGB-Führung und ihrer Politik fernstehen. So sprachen u. a. Professor Peter Grottian, Sprecher des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub, Ulla Pingel vom ver.di-Erwerbslosenausschuß und Ralf Hoffrogge, Student an der Freien Universität, deren Beiträge wir – teilweise leicht gekürzt – dokumentieren.

*** Peter Grottian:**

Am 1. November letzten Jahres demonstrierten hier in Berlin 100 000 Menschen. Heute sollen es weit mehr werden. Im November war es ein Aufbegehren der Gewerkschaftsbasis, widerständiger Bürgerinnen und Bürger, sozialer Gruppen, außerparlamentarischer Bewegungen, enttäuschter PDS- und SPD-Basis – Bsirske kam als Demonstrationsteilnehmer der Gewerkschaftsspitzen. Heute sind der DGB und die Mehrzahl der Einzelgewerkschaften die Träger des Protestes, scheinbar vereint mit der Gewerkschaftsbasis, der globalisierungskritischen Bewegung, der rebellierenden Parteibasen, den sozialen Projekten, den Bürgerinnen und Bürgern, den Rentnern.

Natürlich – unser Protest ist das augenblicklichste Sturmzeichen des Widerstands, es ist der massenhafte Ausdruck, daß wir eine Grundsäule des Grundgesetzes, die den Sozialstaat im Artikel 20 als unveränderliches Prinzip festschreibt, zu verteidigen bereit sind.

Aber: Ist unsere große Demonstration wirklich der Widerstand, der die Herrschenden das Nachdenken oder das Fürchten lehren könnte, der sie zwingen wird, ihre Fata-Morgana-Politik der völligen Fixierung auf die Wachstumsmorgenröte abzuändern? Nein, täuscht euch nicht, die Mächtigen und die Medien behandeln uns als Groß-Event – man wird raunend Verständnis äußern, das Anliegen scheinbar ernst nehmen – und die bisherige Politik fortsetzen! Und Ihr wißt, daß es so ist. Macht euch nichts vor, 200 000 Latsch-Demonstranten allein, ein paar Reden, hinterher ein Bier, es beeindruckt nicht nachhaltig die Wirtschaft, Rot-Grün oder Schröder – oder die plural gefaßten Einheitsparteien der Republik. Sie werden ihre Politik fortsetzen, wenn wir den grundgesetzlich verbrieften Widerstand gegen die Abschaffung von Politik, Sozialpolitik, menschengerechter Politik nicht anders aufhalten. Doch wie und wo können wir zulegen, zuspitzen, den Konflikt verschärfen?

1. Die programmierte Erfolglosigkeit der Agenda 2010 fordert unsere Alternativen heraus: Menschenrechtsgemäße Grundsicherung statt repressiver Sozialhilfe lautet die erste Antwort.

Erst die Grundsicherung schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Sie macht demokratisches Verhalten möglich. Kurz: Die Grundsicherung ist eine positive Antwort auf die strukturelle Krise der kapitalistisch verfaßten Arbeitsgesellschaft. Die menschenrechtliche Entsprechung wäre als zweite Antwort ein Programm von zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen, die sich Erwerbslose selbst suchen können – ein Arbeitsmarkt von unten, relativ selbstbestimmt, entbürokratisiert, auf gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsfelder konzentriert, aber auch gesellschaftlich mit 30 Milliarden Euro finanziert. Die Agenda 2010 macht Menschen zu Schrott. Bei unseren Projekten hätten sie die Möglichkeit, aufrecht zu gehen und Sinnstiftendes zu arbeiten. Als dritte Antwort müßten die Gewerkschaften arbeitsplatzschaffende Strategien wieder auf die Tarifagenda setzen – Konzepte müssen die Gewerkschaften vorlegen, die nicht nur auf Lohnprozente fixiert sind, sondern als Gegenprojekt zur Agenda 2010 gelten können, die diesen Namen verdienen. Höhere Erbschafts-, Vermögens- und Finanztransfersteuern zu fordern ist ja grundsätzlich richtig, aber solange die Gewerkschaftsspitzen zur Arbeitszeitverkürzung, Teilung von Arbeit zwischen Frauen und Männern, Angeboten für die jüngere Generation, vernünftigen Formen von Teilzeit auf ihrem Tariffeld nichts mehr zu sagen haben, schwächen sie ihre Machtpositionen. Schließlich müssen wir die Kommunen stärken in ihrer Rolle in der sozialen und städtischen Infrastruktur. Diese vier Bausteine könnten sehr wohl eine programmatische Alternative sein – wir haben Alternativen!

2. Gewerkschaftliche Widerstände mit anderen Protestbewegungen anders bündeln, damit sich der Widerstand dynamisiert.

Wer breiten Widerstand will, muß auch die Breite von Bündnissen wollen. Die heutige Veranstaltung ist primär eine Gewerkschaftsveranstaltung, die nach ihren Prinzipien abläuft. Wir kritisieren das als Vertreter außerparlamentarischer Bewegungen schärfstens und fragen uns, warum die Gewerkschaftsspitzen nach wie vor so ängstlich sind, genauer: die Hosen so voll haben. Die Strategie der Gewerkschaften, den breiten gesellschaftlichen Widerstand abzubrechen und den parlamentarischen Einflußschuß zu suchen, ist offenkundig gescheitert. Nichts liegt näher in bewußter Distanz zur Macht, seine Macht mit vielen Menschen neu zu organisieren und zu stärken. Das geschieht heute – aber nicht als integrierendes Bündnis unterschiedlicher widerstandsbereiter Gruppen, sondern zu den Konditionen der Gewerkschaften. Das ist engstirnig, nicht sehr selbstbewußt und

riecht nach gesellschaftspolitischer Taktik: Wie das Ohr der Mächtigen nicht verlieren und gleichzeitig eine starke soziale Bewegung sein wollen?

Wir fordern deshalb die Gewerkschaften auf, die heute bescheiden beschrittene Strategie der vorsichtigen gesellschaftlichen Öffnung, auch im Sinne eigener Interessen drastisch auszuweiten: globalisierungskritische Bewegungen, lokale Sozialforen und Sozialbündnisse, Teile von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aufmüpfige, individualisierte Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Kinder, Ältere, Frauen, Migranten, das gehört zusammen, was hier als Betroffene zusammengehört. Massenprotest in Köln, Stuttgart und Berlin ist wichtig, aber der dezentralisierte kommunale Protest muß zur Dauerfeuerstelle unseres Protestes werden, um die Herrschenden zur Änderung ihrer Politik zu bewegen. Globalisierungskritische Bewegung, Massendemonstrationen und lokaler Widerstand müssen verbunden werden.

3. Aufstehen für drei Stunden Protest ist zu wenig – Armut- und Sozialproteste in die Reichtumszentren tragen, Arbeitsplätze instandbesetzen, Teilschließung von Arbeitsämtern, radikale Verweigerung sozialer Zumutungen.

Wir müssen uns mehr zumuten als eine dreistündige Demonstration. Ja, wir sind nicht eingübt in provozierende Sozial- und Armutproteste wie in Italien oder Frankreich. Aber wir müssen jetzt mehr versuchen, so schwer es auch ist, die Hürde zu Protest- und Konfliktformen des zivilen Ungehorsams zu überspringen. Papierene Alternativkonzepte machen nur Sinn in Kombination radikalerer Protest- und Aktionsformen.

Wenn wir für gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze und eine menschengerechte Grundsicherung eintreten, dann müssen wir zum Mittel der Instandbesetzung von Arbeitsplätzen greifen und gleichzeitig die teilweise menschenzurichtenden Arbeits- und Sozialämter schließen.

Wenn wir die grassierende Verarmung der sozial schwachen Schichten anprangern, dann müssen wir zusammen mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern, Erwerbslosen, Rentnern die Armut in die Reichtumszentren der Städte tragen, damit sie der Armut nicht mehr ausweichen können. Armut muß ihr offensives Gesicht zeigen, sie darf sich nicht mehr verstecken. Wenn die Herrschenden uns statt Arbeitszeitverkürzung Arbeitszeitverlängerung ohne neue Arbeitsplätze aufdrücken wollen, dann wird man als Gewerkschaft doch mal einen zweistündigen Warnstreik mit Alternativkonzepten wagen können. Wenn die sozialen Mobilitätsrechte der sozial Schwachen durch Streichen des Sozialtickets augenmaßlos verletzt werden, dann sollten wir mit den Betroffenen solange Schwarzfahren, bis diese sozialen Grundrechte wieder hergestellt sind. Kurz: Die Herrschenden werden sich nur bewegen, wenn unsere hier gezeigte Massensolidarität ganz andere Protest- und Konfliktformen hervorbringt. Nicht klammheimlich doch auf die Erweichung des neoliberal getränkten Herzens der Sozialdemokratie hoffen, lautet die Devise, sondern uns zu menschenrechtlicher Radikalität ermuntern. Diese Demonstration ist sanftpfötig, ziehen wir zunächst für uns selbst radikalere Konsequenzen. Dann werden wir gute Karten haben.

*** Ulla Pingel:**

Vor zwei Jahren wurde uns versprochen, daß die Arbeitslosigkeit wie von Zauberhand halbiert werden soll durch die Schaffung von Personal Service Agenturen (PSA), Mini-Jobs und die Gründungen von Ich-AGs. Heute sind mehr Menschen erwerbslos als vor zwei Jahren. Durch die Mini-Jobs wurden eine halbe Million Arbeitsplätze im Einzelhandel vernichtet. Der Mini-Job wurde zum zweiten Job für Beschäftigte, die wenig verdienen. Existenzgründer und Ich-AGs landen in der Schuldenfalle. Die PSA waren ebenfalls ein Flop. Der Gipfel der Ignoranz gegenüber den Menschen, die verzweifelt einen Arbeitsplatz suchen, ist die Lüge, daß die Arbeitslosigkeit gesenkt werde durch eine schnellere Vermittlung der Job-Center.

Für über zwei Millionen Menschen und ihre Familien ist es eine soziale Katastrophe, daß die lohnorientierte Arbeitslosenhilfe abgeschafft wird und die Grundsicherung – das Arbeitslosengeld II – noch unter der Höhe der heutigen Sozialhilfe liegen soll. Eine Familie mit zwei Kindern im Alter von

10 und 13 Jahren erhält dann effektiv 80 Euro weniger als heute.

Mit dem ALG II wird das Armutsrisiko erhöht, die Ausgrenzung vom »normalen« Leben verschärft, und es vertieft sich die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Es wird gesamtgesellschaftlich betrachtet kein Entrinnen mehr aus dieser Armut geben.

Ein Mensch, der zwanzig Jahre gearbeitet hat und mit 42 Jahren erwerbslos wird, wird in Zukunft – obwohl er immer schön seine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat – nach einem Jahr Arbeitslosengeld II erhalten, das heißt, er oder sie muß von 345 Euro leben. Darin enthalten ist eine Pauschale für Kleidung, Renovierung, Lernmittel usw.

Es erwartet ihn der totale Absturz ins Fürsorgerecht, d. h. die totale Durchleuchtung seiner finanziellen Mittel und die seiner Lebenspartner. Voraussetzung ist, daß er oder sie nichts gespart hat und bedürftig ist. Eine Frau, die mit ihrem Ehemann zusammenlebt, der noch einen Job hat und z. B. 1 000 Euro verdient, erhält nichts mehr. Sie hat auch keinen Anspruch mehr auf eine Weiterbildung oder eine ABM-Stelle, sie ist vollständig auf den Lebenspartner angewiesen. Das Gleiche trifft natürlich auch für Männer zu, die erwerbslos werden.

Ganze Familien werden in Sippenhaft genommen für die Tatsache, daß es in diesem Land nicht genug Arbeit gibt. Davon, daß Arbeitslose unter Druck gesetzt werden, ist noch kein neuer Job entstanden. Neben dem finanziellen Aspekt werden zukünftig Erwerbslose völlig ohne Rechte der Willkür ihres Betreuers/Fallmanagers ausgesetzt. Wir können gezwungen werden, über die Androhung der Leistungskürzung jede Arbeitsgelegenheit anzunehmen, damit ist kein sozialversicherungspflichtiger Job gemeint. Wir werden verdonnert zur billigen Pflichtarbeit mit einer minimalen Aufwandsentschädigung, einen Mini-Job anzunehmen und Jobs, die unterhalb vom Arbeitslosengeld II liegen. Jeder muß jeden Job annehmen, auch wenn niemals die Perspektive besteht aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II herauszukommen.

Die Arbeitgeberverbände fordern schon seit längerem, daß die Sozialhilfe abgesenkt werden soll, um den Niedriglohnbereich auszuweiten. Diese Forderung wurde mit diesem Gesetz von der rot-grünen Regierung umgesetzt. Das Gesetz muß weg, es kann nicht sozialverträglich gestaltet werden, denn grundlegende Rechte von Erwerbslosen werden außer Kraft gesetzt, wie die Vertragsfreiheit (Eingliederungsvereinbarung) und der Datenschutz.

Auch das Arbeitsrecht wird für uns außer Kraft gesetzt durch den Zwang, eine »öffentliche Beschäftigung« ohne Arbeitsvertrag und Entlohnung annehmen zu müssen. Widerspruch gegen diesen gigantischen Sozialabbau wird als »reformunfähiges Beharren auf Einzelinteressen« gebrandmarkt. Das Einzelinteresse der Unternehmen an beabsichtigten Gewinnsteigerungen gilt in neoliberalen sozialdemokratischen und grünen Kreisen offenbar als »Steigerung des Gemeinwohls«!

In Berlin leben zur Zeit über 300 Millionen Menschen ohne Job, fast die Hälfte erhalten Arbeitslosenhilfe, 10 000 Berliner sind obdachlos. Diese Zahl wird rapide ansteigen. Ebenso die der Kinder, die in Armut leben. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist der schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesdeutsche Sozial- und Rechtssystem!

Erwerbslose werden von der Bundesregierung und von der Opposition nur als Kostenfaktor betrachtet. Wir sind Menschen, die einen existenzsichernden Arbeitsplatz suchen und in Würde leben wollen, d. h. mit ausreichenden finanziellen Mitteln.

Wir sind heute aufgestanden, weil wir eine andere Politik wollen. Wir müssen aufrecht stehenbleiben und dafür kämpfen, daß diese unsozialen Gesetze der Agenda 2010 zurückgenommen werden.

*** Ralf Hoffrogge:**

(...) Es ist in der Tat eine Zumutung, was uns die Sozialdemokratie seit 1998 präsentiert. In seiner längst vergessenen Juso-Zeit beschimpfte Gerhard Schröder Helmut Kohl einmal als »Klassenfeind«.

Mittlerweile ist ihm dieser politische Instinkt völlig abhanden gekommen. Der »Genosse der Bosse« macht da weiter, wo Kohl aufgehört hat.

Für den Eurofighter und Kriegseinsätze am Hindukusch ist immer genug Geld da, für Schulbücher und ordentliche Gesundheitsversorgung reicht es angeblich nicht mehr: Die geplante Anschaffung der 180 Eurofighter-Kampfflugzeuge wird voraussichtlich 15 Milliarden Euro kosten, während mittlerweile in fast allen Bundesländern Eltern die Schulbücher ihrer Kinder aus eigener Tasche zahlen müssen.

Entgegen aller sonstigen Behauptungen sind auch Haushaltsentscheidungen politische Entscheidungen. Wer hier von Sachzwängen spricht, ist schlichtweg ein Lügner. Das Wort vom Sachzwang degradiert die politisch Verantwortlichen zu Ausführenden von vermeintlichen Naturgesetzen. Und da man Naturgesetze nicht kritisieren kann, sind die getroffenen Entscheidungen per se richtig, die Reformen notwendig, ein politischer Kurswechsel unmöglich.

Nichts davon ist wahr. All das Gerede über Sparzwänge, Sachzwänge und notwendige Reformen dient lediglich dazu, das schlechte Gewissen alt- und möchtergernlinker Abgeordneter zu besänftigen: Wir würden ja gerne, aber wir können nicht anders. Und natürlich soll es uns davon abhalten, Fragen zu stellen, die Fragen, auf die es ankommt:

Warum zahlt jede Krankenschwester mehr Steuern als der gesamte Siemens-Konzern?

Warum wird die technische Ausstattung der Bundeswehr bis 2014 für ungeheure 82 Milliarden Mark modernisiert, wo doch der Staat angeblich pleite ist?

Warum soll die Arbeitszeit erhöht werden, wenn doch Millionen Menschen arbeitslos sind?

Diese Debatte um Arbeitszeitverlängerung ist ein besonders absurdes Beispiel für die herrschende politische Logik. Von 38,5 auf 42 Stunden will Stoiber die Arbeitszeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst anheben. Und auch in der Industrie sollen die Arbeitszeiten heraufgesetzt werden, natürlich ohne Lohnausgleich, man ist ja froh, wenn man überhaupt noch Arbeit hat.

Doch was soll das alles? Die Produktivität steigt Jahr für Jahr, ein Arbeiter schafft pro Stunde immer größere Werte, in der Produktion wird immer weniger Arbeitskraft benötigt. Trotzdem sollen die, die noch einen Job haben, malochen bis zum Umfallen, und dem Rest wird es als persönliches Versagen angelastet, wenn er oder sie keinen Job mehr findet. Durch Zwangsmaßnahmen und Leistungskürzungen bis unters Existenzminimum sollen die Arbeitslosen »motiviert« werden, endlich wieder eine Stelle zu finden.

Schröder, Stoiber und Clement tun gerade so, als hätte es die technologischen Revolutionen der letzten 30 Jahre nicht gegeben, als wären persönliche Faulheit und moralischer Verfall Ursache für Massenarbeitslosigkeit. Alles ein Vermittlungsproblem – Lächerlich! Daß es diese Arbeit nicht mehr gibt und nie wieder geben wird, das ist die Einsicht, der sich nicht nur die herrschende Politik, sondern auch viele Kritiker des Sozialabbaus verweigern.

Ein Blick in die Geschichte zeigt die ganze Absurdität der Mehrarbeitsdebatte. In Deutschland wurde nach den revolutionären Massenstreiks des Jahres 1918 der Achtstundentag eingeführt. Damals galt noch die Samstagsarbeit, also eine 48-Stundenwoche. Heute beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland 39,9 Stunden und liegt damit im EU-Durchschnitt. Im nächsten Jahr sollen es dann wieder 42 Stunden sein, und wenn in diesem Geiste weitergewütet wird, sind wir im Jahr 2018 wieder bei der 48 Stundenwoche. 100 Jahre Arbeiterbewegung wie weggewischt.

Und wozu das alles? Clement sagt: für den Standort Deutschland. Auch manch ein Gewerkschafter möchte gerne den Standort stärken, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Unausgesprochen, weil wir es alle schon in der Schule gelernt und völlig verinnerlicht haben, steht dahinter die Idee: Was für den Standort Deutschland gut ist, ist gut für uns alle. Der Standort Deutschland, das Boot, in dem wir alle sitzen.

Doch wie sieht es denn aus, unser gemeinsames Boot?

Angesichts der ökonomischen Dauerkrise ähnelt es mehr und mehr der Titanic: 337 Passagiere saßen dort in der Ersten Klasse – zwei Drittel überlebten den Untergang; 285 Menschen in der Zweiten Klasse – die Hälfte überlebte; 1 606 Personen stellten die Besatzung und die Dritte Klasse – nur noch ein Viertel überlebte. So sieht es aus, das Boot. Wir alle sitzen drin, nur einige sitzen sehr viel näher an den Rettungsbooten in Form von Aktienpaketen und privater Altersvorsorge. Da fragt man sich doch: Ist der Kapitalismus genauso unsinkbar wie die Titanic?

Karl Marx schrieb 1847 im Kommunistischen Manifest: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.« Damals wie heute ist dieser Satz eine Provokation. Dennoch: der Wirtschaftsstandort Deutschland, was ist denn das anderes als die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie, oder, moderner ausgedrückt, der Unternehmerschaft? Aus dieser Sicht wird verständlich, warum CDU und SPD gleichermaßen FDP-Politik machen.

Denn in der ökonomischen Krise besinnt sich der Staat aufs Kerngeschäft, eben das Sichern der Geschäfte. Es gibt keinen Überschuß mehr zu verteilen, mit dem die Interessen der abhängig Beschäftigten wenigstens teilweise befriedigt werden könnten.

Diese Interessen werden aufs Heftigste mißachtet: Weder die Rente im Alter ist sicher, und auch das Studium der Kinder wird demnächst gebührenpflichtig. Das sogenannte Studienkontenmodell, das die PDS-Delegierten morgen auf ihrem Parteitag in Neukölln beschließen sollen, ist nämlich nichts anderes als die Abschaffung der Studiengebührenfreiheit. So werden wieder einmal in der Geschichte nur noch die Kinder der Elite Zugang zu höherer Bildung erhalten.

Festzuhalten bleibt: Die Interessen der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien, der Rentner und Arbeitslosen sind im Parlament nicht vertreten, und der Staat wird ihnen – uns – in Zukunft auch die Befriedigung der einfachsten Bedürfnisse verweigern. Das bedeutet, daß wir uns nicht auf diesen Staat verlassen können, daß wir von ihm nichts zu erwarten haben. Wenn es allerdings gar nicht die Aufgabe des Staates ist, sich an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren, dann kann die Lösung auch nicht in einer wieder neuen Linkspartei liegen, sondern nur im Widerstand auf der Straße.

Einige werden vielleicht den Kopf schütteln, wenn ich jetzt das Wort »Klassenkampf« in den Mund nehme. Wieder mal ein Student, der den Arbeitern erzählt, was sie tun sollen. Aber auch ich gehöre zu jenen zwei Dritteln der Studierenden, die neben dem Studium jobben müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Zu jenen zwei Dritteln, die sich die zukünftigen Studiengebühren nicht leisten können.

Der studentische Streik im letzten Semester richtete sich explizit gegen Bildungs- und Sozialabbau, denn nur durch Solidarität zwischen den betroffenen Gruppen der Gesellschaft läßt sich die herrschende Politik stoppen, insbesondere die Arbeiter und Gewerkschaften sind eine Macht, ohne die effektiver Widerstand kaum möglich ist. Und mit Solidarität meine ich nicht ein irgendwie geartetes Bündnis für Arbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern. Diese Burgfriedenspolitik hat, genauso wie die Mitarbeit in der Hartz-Kommission, zur unerträglichen Lähmung der Gewerkschaftsbewegung und des Widerstandes gegen Sozialabbau geführt.

Klassenkampf ist etwas anderes – man schaue etwa nach Frankreich, wo sich die Arbeiter und Arbeiterinnen die 35-Stundenwoche für alle Branchen erstreikt haben. Das war freilich nur durch Solidarität möglich, durch Generalstreiks, die alle Branchen und Berufe vereinten. Auch in Italien gab es vor kurzem einen Generalstreik. Die Österreicher sind ebenfalls aufgewacht: Im letzten Jahr fand dort der erste Generalstreik seit 50 Jahren statt.

Auch in Deutschland muß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wieder aggressiv thematisiert

werden. Auch wir brauchen einen Generalstreik. Denn: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Aus: junge welt vom 5.04.04